Die Koalition beim Wort genommen

Seit Sonntagabend mühen sich Interpreten und Kommentatoren, das Regierungsübereinkommen zu deuten, das Werner Faymann und Josef Pröll an diesem Abend geschlossen haben.

Meine hermeneutischen Anstrengungen stießen rasch an die Grenze der Ermüdung, weshalb ich mich eines technischen Hilfsmittels erinnerte, über das ich kürzlich im Internet stolperte: Wordle ist ein von Jonathan Feinberg ins Netz gestelltes Spielzeug, das die Wörter eines beliebigen Dokuments zählt und in eine Grafik verwandelt. Je häufiger ein Wort im Text vorkommt, desto größer erscheint es in der Abbildung.

Der Vergleich des aktuellen Regierungsübereinkommens mit dem der letzten Regierung* zeigt erhellende Differenzen und Gemeinsamkeiten. Die neue Koalition konzentriert sich sprachlich auf wenige Wörter. „Ausbau", „Verbesserung", „sollen" und „Ziel" sind kleiner, doch mit „Maßnahmen" haben wir künftig stärker zu rechnen, und auch von der „Bundesregierung" werden wir in den kommenden Monaten und vielleicht sogar Jahren mehr zu hören bekommen. Das ist doch schon was.

*http://www.wordle.net/gallery/wrdl/340626/Regierungsuebereinkommen2007Oesterreich
http://www.wordle.net/gallery/wrdl/340624/Regierungsuebereinkommen2008Oesterreich

***Christian Fleck**,*
Soziologe an der Uni Graz

An ihrer Sprache sollt ihr sie erkennen: Regierungsübereinkommen '07 (ob.) und '08 im Wortvergleich.

ERRATA

Es zählt der Sportgeist

Wir sollen die neue Regierung nicht kleinreden. Die neuen Leute können mehr, als man ihnen zutrauen möchte. Der künftige Gesundheitsminister Alois Stöger zum Beispiel.

Wir haben ihn in dieser Woche porträtiert und herausgestrichen, dass die oberösterreichische Gebietskrankenkasse 2006 Gewinn gemacht hat. Aber dann: „Seit 2007 geht es aber auch in Linz bergab; im letzten Jahr betrug *der Verlust 219.000 Euro.*" Es fällt schwer, sich das vorzustellen, aber: Die Kasse schaffte 2007 einen *Gewinn* von *219.000 Euro.* Wir nehmen es beschämt und in der Erwartung baldiger Kassen-Dividendenzahlungen im ganzen Land zur Kenntnis.

Verweilen wir noch ein wenig in der Terra incognita Oberösterreich. Wir meldeten: „Google siedelt Serverfarm in Oberösterreich an." In einer Serverfarm werden nun nicht kleine Server herstellt, man muss sich das eher wie eine Hühnerfarm vorstellen: Es geht nicht um eine steigende Zahl von Legehennen, sondern um viele Eier. Ähnlich plastisch haben wir es am 21. November erklärt: „Serverfarmen sind riesige Industriegebäude in der Größe *mehrerer Fußballfelder (das 75-Hektar-Areal entspricht rund zehn Fußballfeldern)*". Daraus ergibt sich, dass ein Fußballfeld 7,5 Hektar groß sein muss.

Ein Spielfeld von einem Kilometer Länge! Man stelle sich die Nationalmannschaft vor – 500 Meter von der Mittelauflage zum gegnerischen Tor. Und welcher Tormann würde einen Ausschuss bis in die gegnerische Hälfte schaffen? Welche Mühsal für Sportler und Zuschauer. Tatsächlich sind die Fußballfelder 45 bis 90 Meter breit, sowie 90 bis 120 Meter lang – also zwischen 0,4 und 1,08 Hektar groß.

Aber was sind schon Zeit und Raum gegenüber der Schönheit der Welt. Im *RONDO* der Vorwoche wollten wir die Leserschaft anlässlich des Ski-Openings in Ischgl auf eine Bergtour mitnehmen: „Das weckt nostalgische Erinnerungen. Vor fast *dreißig Jahren*, im *März 1960*, durchquerten wir zu acht eine Woche lang die Silvretta". Das lässt vermuten, der Text könnte 20 Jahre alt sein. Der erwähnte Preis von 3,50 Schilling für ein Krügel Bier macht deutlich, die Erinnerung reicht tatsächlich ein halbes Jahrhundert zurück. Das hätte man in einer so jungen Zeitung nicht vermutet, die Rechenfehler schon.

Ein Wort zum aktuellen *RONDO*: Als Beilage folgt es nicht dem tagesaktuellen Produktionsrhythmus, der Reiseartikel über Mumbai ging also in Druck, als es dort noch ruhig war.

Und sicherheitshalber eine Anmerkung zu einem Kommentar von Andrea Schurian über den ORF: Sie hat dieses Unternehmen vor acht Jahren verlassen. Es ist also mehr als ausreichend Zeit vergangen, den notwendigen Abstand zu gewinnen, um sich mit den Zuständen dort auseinandersetzen zu können.

Otto Ranftl
Leserbeauftragter
Leserbriefe@ derStandard.at
otto.ranftl@ derStandard.at

HANS RAUSCHER

Es geht ums Überleben des ORF

Der ORF wird derzeit oft mit der AUA oder der Post verglichen. Zu Recht: Es handelt sich um staatsnahe Unternehmen, mit historisch hohem Politikeinfluss, stark gewerkschaftlich bestimmt, mit zu vielen und auch teilweise zu teuren Mitarbeitern, die überdies überdurchschnittlichen Veränderungsschutz genießen. Alle drei sind existenziell bedroht, teils durch Änderung des technologischen und marktmäßigen Umfelds, teils durch eigenes Missmanagement, das mit der gewerkschaftlichen und politischen Einflussnahme in Zusammenhang steht.

Die AUA ist bereits an einen deutschen Großkonzern aus der Branche (Lufthansa) verkauft worden, die Post sollte schon vor Jahren an einen deutschen Großkonzern (die Deutsche Post) verkauft werden und wird es vielleicht noch. Auch der ORF könnte ganz oder teilweise an einen deutschen Großkonzern aus der Branche verkauft werden.

Dies würde kaum qualitative Verbesserung bieten, weder bei der Information noch bei der Unterhaltung. Nach vollbrachter Privatisierung würde man die alten Zeiten als paradiesisch betrachten, sowohl was parteipolitische Abhängigkeit als auch Minimalniveau betrifft.

Dem ORF stellt sich jetzt die Systemfrage. Unzweifelhaft ist, dass der jetzige öffentlich-rechtliche Status unweigerlich politischen und damit parteipolitischen Einfluss bedeutet. Die Frage ist, ob man diesen Einfluss begrenzt (ganz wegbringen kann man ihn nicht) , indem man privatisiert oder indem man die jetzige Rechtsform beibehält und versucht, auf anderem Wege den ORF unabhängiger und qualitätsbetonter zu machen.

Die Antwort kann nur lauten, dass die öffentlich-rechtliche Form beibehalten werden muss. Bei einer Privatisierung sind Unabhängigkeit und journalistische Qualität einfach nicht die primären Unternehmensziele. Bei einer Privatisierung ans Ausland stellt sich die Frage der österreichischen Identität.

Wie kann der ORF in öffentlich-rechtlicher Form innerlich freier und dabei qualitätvoller werden? Zunächst durch wirtschaftliche Sanierung, denn wer vom Staat ständig Geld verlangen muss, ist naturgemäß in Abhängigkeit. Wenn überdies Betriebsräte den Generaldirektor (mit-)wählen, treibt das unweigerlich die (Personal-)Kosten.

Ein Sparprogramm ist objektiv, aber auch aus Gründen größerer Politikunabhängigkeit unumgänglich, aber es ist nicht alles. Wahrscheinlich braucht der ORF in breiten Bereichen ein Management, das mehr international erprobt als lokal-parteipolitisch vernetzt ist – und das wieder mehr Kreativität und journalistische Unbekümmertheit fördert. Allein, wie die Gästelisten von Diskussionssendungen zustande kommen, ist ein ermüdendes Eiertanzballett.

Der ORF ist ein seltsamer Großkomplex mit einer Betriebskultur, die viel bürokratische Trägheit und fragwürdige politische Vernetzung verkörpert – aber auch viel Kreativität und eigensinnige journalistische Unabhängigkeit. Diese Kultur kann sich auch gegen politische Gängelungsversuche durchsetzen. Ein ORF-Management muss das nur stärken und einsetzen wollen.

hans.rauscher@ derStandard.at

Der falsche „Popanz"

Erhard Busek zum Abschied von Alfred Gusenbauer

Zeitliche Distanz zur aktuellen Politik macht es möglich, auch politisch Andersdenkenden Respekt zu zollen, bevor Nachrufe notwendig sind. Ich habe die intellektuelle Kapazität von Alfred Gusenbauer immer geschätzt, gern mit ihm geredet und ihn für unterschätzt gehalten. Sein Abschiedsinterview (STANDARD, *26. 11.*) fällt nicht unter diese Beurteilung. Warum? Ich glaube, der Brief an das Kleinformat wurde von ihm unterzeichnet, um ihm sein Überleben gegen Faymann zu sichern. Ich habe auch danach einige Referate von ihm gehört, die untadelig „europäisch" ohne Wenn und Aber und Volksabstimmung waren. Jetzt muss ich registrieren, dass er von einem „Popanz" spricht, der hier aufgebaut wird. Der eigentliche Popanz ist aber „Onkel Hans" und die totale Anpassung an einen Zeitungsmogul, dem es nicht um Volksabstimmung geht, sondern um primitive Vereinfachungen, die Stil und Inhalt seines Blattes entsprechen.

Busek: Möge die SPÖ wieder zu sich finden. Glück auf dem Weg!

Über Abstimmungen zu Beitritten (Türkei!) redet niemand, wohl aber über die Rechtsgrundlagen der EU. Man kann annehmen, dass Regierungen, Parlamente, der EU-Rat und das EU-Parlament nationale Interessen wahren – manchmal zu viel, sodass die EU im Interesse Europas oft nicht handlungsfähig ist. Auch der Verweis auf Frankreich geht fehl, weil Sarkozy diese populistische Bestimmung aus Chiracs Zeiten aufheben will. Es wäre ehrlicher zu sagen: Stimmen wir über Österreichs Verbleib in der EU ab. Wir würden allerdings dann angesichts der Finanzkrise sehr eigenartig dastehen.

Das Regierungsprogramm enthält dank „Onkel Hans" auch keine Zukunftsstrategie Österreichs in Europa. Warum es eigentlich noch eine SPÖ gibt, wenn eine Zeitung bestimmt, die noch durch satte Inseratenaufträge aus dem Umfeld des Infrastrukturministeriums, der Stadt Wien etc. „angefüttert" wird, weiß ich nicht. Christenverfolgungen gegenüber Personen (Plassnik ist nicht die einzige) sind dort üblich, aber der sonntägliche Artikel des Wiener Kardinals ist wahrscheinlich die Absolution. Hoffentlich findet die eine Regierungspartei wieder zu sich und die andere gewinnt wieder Mut, sonst wird H.-C. Strache davon profitieren. Ob das „Onkel Hans" will? Lieber Alfred Gusenbauer, der Popanz ist anderswo. Wenn Sie glauben, mit Ihrer Haltung andere in Europa zu beeindrucken, dann probieren Sie es! Glück auf dem Weg!

***Erhard Busek,** Ex-Vizekanzler und -ÖVP-Obmann* *Foto: Urban*

Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)